

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 51, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Müllerbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. Postzeitungslite Nr. 3154

Inhalt:

Rückblicke auf das Jahr 1909. — Der „Zegen“ der Arbeiter Ausschüsse. — Die neue Lohnordnung für die städtischen Arbeiter Stettins. — Die Arbeitsverhältnisse der Staats- und Gemeindebetriebe der freien und Hansestadt Lübeck. I. — Königsberger Sozialpolitik. — Brief aus Charlottenburg. — Aus der Saline Moienheim. — Bedrängte Gewerkschaftsdriften. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Verhandlungsstellen.

wertung des Geldes fertig wird. Es wird neuer unerhörter Anstrengungen bedürfen, um durch Lohnbewegungen wieder einzuholen, was dem deutschen Arbeiter in seiner Lebenshaltung entzogen ist durch die Verteuerung aller notwendigen Bedarfsartikel. Dabei müßte bei dem wunderbaren Fortschritt der Technik, der Verkehrsmittel usw. eigentlich eine fortgeschrittene Verbilligung aller Artikel und Lebensmittel vor sich gehen!

Rückblicke auf das Jahr 1909.

„... und kommt die Zukunft angezogen,
hinterher in das Zeit entzogen,
Gepirg mit hebt die Vergangenheit.“
Schiller.

Der einzelne lebt nur zu oft das Ende der Woche, die Feiertage, den Jahresabschluss herbei und erhofft mit dem neuen Zeitabschnitt Besserung auf den verschiedenen Gebieten. Und doch, wie schnell schwinden die Feiertage, wie leicht geht's wieder im Alltagsrott und einja die neue Jahresziffer verrät uns, daß wir eine neue Zeitperiode schreiben. Aber rückwärts zu blicken bleibt uns am wenigsten Zeit. In unserer hastenden, stets vorwärts drängenden Lebensweise erscheint uns alles Müßiggende nur zu leicht als belanglos und überholt. Allenfalls beim Jahresabschluss ist es erlaubt, die wichtigsten Vorgänge noch einmal zusammenzufassen, um so wenigstens ein wenig eine Lehre für die Zukunft daraus zu gewinnen.

Was hat nun das Jahr 1909 an wichtigen Vorgängen zu umfassen?

Die Arbeiterklasse kann mit einer gewissen Befriedigung nachschauen. Wohl sind die Wunden des Striksjahres 1908 noch nicht ganz verheilt. Auch im Jahre 1909 gab es Laufende und aber Laufende Arbeitsloser und die ständigen Versuche einzelner Gemeinden und Staaten, der Arbeitslosigkeit beizukommen, kamen leider nicht recht über das Erwägungsstadium hinaus. Schon längst hätte hier mit Taten eingeleitet werden müssen und die verschiedenen Vorschläge der Gewerkschaftsvertreter und sozialdemokratischen Gemeindevertreter und erst zu nehmenden Sozialpolitiker beweisen zum mindesten, daß bei gutem Willen auch heute schon namenloses Elend wesentlich gemildert werden könnte. Aber die herrschenden Klassen haben den ersten Willen nicht. „Nur nichts von der Profiltrate abzwacken lassen!“ heißt die Parole der Bourgeoisie, und mag die wachsende Unzufriedenheit der breiten Volksmassen eine noch so unzweideutige Sprache reden: „Nad uns die Zintitut!“ bleibt die einzige Antwort auf das Weahren der breiten Massen. Anstatt den Arbeitern weitere Rechte zu gewähren, hat man im Jahre 1909 die Steuerlasten in einer vorher Weise angezogen. Der parasitäre Zwischenhandel tat ein übriges, um sich schadlos zu halten, und die breite Masse der Konsumenten mag nun zusehen, wie sie mit der Ent-

Durch diesen schreienden Widerspruch wird nun freilich so mancher Arbeiter zum Nachdenken veranlaßt. Er erkennt, daß eine Gesellschaftsordnung, die verhältnismäßig wenigen ein auskömmliches und befriedigendes Dasein gewährt, auf Kosten der leidenden und geplagten Massen, daß eine solche Gesellschaftsordnung nie und nimmer von Ewigkeit zu Ewigkeit bestehen kann. Und so entteht aus der gefühlsmäßigen Unzufriedenheit ein beunruhigter Wille zur Mitarbeit an der völligen Umgestaltung der jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Das Jahr 1909 war ganz besonders lehrreich an aufklärenden Beispielen für die Umkehrbarkeit des gegenwärtigen Zustandes. So haben denn die Reichswahlen zum Reichstag, die Landtagswahlen in Baden und Sachsen und endlich auch die zahlreichen Gemeindevahlen ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen gebracht, wie nie zuvor. Selbst das preussische Dreiklassenparlament ist nicht mehr sozialistenrein, und die machtvollen Vorstände der preussischen Arbeitererschaft werden das unmöglich scheinende möglich machen: Das verrottete preussische Wahlsystem muß und wird zur Strecke gebracht werden. In diesem Sinne hat sowohl der Parteitag in Leipzig als auch jetzt wieder der preussische Parteitag aufklärend und anfeuernd gewirkt und es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß die breiten Massen mit noch größerer Energie als bisher ihre Willensäußerung in nächster Zeit zum Ausdruck bringen werden. Daher wiederholen wir mit Zug und Macht: Die Arbeiterklasse kann unter Verückichtigung ihrer historischen Aufgabe mit dem verflochtenen Jahr zufrieden sein. Die politische Aufklärung hat Meilen-schritte nach vorwärts getan. Sorgen wir durch Anspannung aller Kräfte im neuen Jahr dafür, daß uns nicht nur die Abwehr aller geplanten reaktionären Gesetze gelingt, sondern daß wir auch positiv durch unsere machtvollen Willen endlich wieder einmal arbeiterfeindliche sozialpolitische Fortschritte in der Gesetzgebung erzielen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist eng mit dem Wirtschaftsmarkt verknüpft. Mit der nur sehr langsam einsetzenden verbesserten Konjunktur für einige Industrien ist auch der Wideranstieg der beteiligten Gewerkschaften Hand in Hand gegangen. Die Textilarbeiter sind wieder über die 100.000 Mitglieder hinaus und die Holzarbeiter haben es bereits auf circa 152.000 Mitglieder gebracht. Das „Corre-

und an heißen Tagen nach Wunsch und Bedarf Essigsäure als Zusatz zum Wasser kostenfrei zur Verfügung gestellt. Der durchschnittliche Stundenlohn auf den Baustellen ist in den letzten zehn Jahren um 22 bis 36 Proz. der durchschnittliche Jahresverdienst um 11 bis 36 Proz. gestiegen. Letzterer betrug 1908: 1902 bis 1854 Ml. Die tägliche Arbeitszeit ist um eine halbe Stunde verkürzt worden. Für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 25 Proz. zum gewöhnlichen Stundenlohn gewährt. Bei Arbeiten außerhalb der Stadt werden die Arbeitslöhne um 4, 6 und 8 Pf. für die Stunde, je nach der Entfernung der Arbeitsstelle von der Stadt, erhöht. Im Paggerbetrieb ist der Monatslohn in den letzten zehn Jahren um 1 bis 26 Proz. gestiegen; der durchschnittliche Jahresverdienst um 2 bis 21 Proz.; er betrug 1908: 1906 bis 1926 Ml. Für Überstunden werden 25 Proz. des Stundenlohnes vergütet, für Nachtarbeiten 320 Ml. und bei Arbeiten außerhalb der Stülpe eine Überzahlung von 5 Ml. monatlich gewährt. In das Budget der Gemeindeverwaltung werden ferner alljährlich 2500 Ml. für Unterstützung aller, ganz oder teilweise erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter eingestellt. Im Wege und Straßenbau ist der Jahresverdienst der Chauffeurwärter in den letzten 10 Jahren um 25 Proz. gestiegen. Bei den Arbeitern auf dem Steinlager um 20 Proz. gestiegen. Bei den Pflasterarbeitern um 26 Proz., bei den Zigararbeitern um 28 Proz. und bei den Wegearbeitern um 27 Proz. Bei Nachtarbeiten und Überstunden wird ein Zuschlag von 25 Proz. gewährt. Die im Betriebe der Gemeindeverwaltung beschäftigten Arbeiter erhalten je nach der Dauer ihrer Beschäftigung einen Jahresurlaub von 2 bis 5 Tagen bei ununterbrochener Weiterbeschäftigung des Lohnes, auch wird bei den ständig beschäftigten Arbeitern während der Zeit einer militärischen Hebung bei unerschütterter Arbeitsverpflichtung der Lohn unverändert weiter gezahlt.

11. Betriebe der Verwaltungsbehörde für abstrakte Anhalten: Der durchschnittliche Jahresverdienst auf den Gaswerken ist in den letzten 10 Jahren gestiegen bei den Klüppelarbeitern um 26 Proz., bei den Paternenarbeitern um 32 Proz., bei den Ofenarbeitern um 35 Proz., bei den Werkschlägerarbeitern um 38 Proz., bei den Gasfackelern und Kohlenfackelern um 38 Proz. und bei den besondern Arbeitern um 40 Proz. Am 1. Juli 1908 sind Jahresprämien eingeführt worden, welche je nach der Arbeiterklasse und dem Dienstalter 60 bis 150 Ml. betragen. Im Durchschnitt ist der Jahresverdienst eines Arbeiters des Gaswerkes innerhalb der letzten 10 Jahre von 1094 Ml. auf 157 Ml. also um 40 Proz. gestiegen. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß im laufenden Jahre eine weitere Steigerung des Jahresverdienstes durch Alterszulagen um etwa 6 Proz. im Durchschnitt eintreten wird und daß außerdem einzelne Arbeiterkategorien durch Akkordarbeiten einen nicht unbedeutenden Mehrerwerb (in einzelnen Fällen bis zu 20 Proz. und mehr) erzielen werden. Es ist damit zu rechnen, daß der Gaswerksarbeiter von jetzt ab im Durchschnitt einen Jahresverdienst von 1906 Ml. erhält. Im Elektrizitätswerk ist innerhalb der letzten 10 Jahre der durchschnittliche Jahresverdienst bei den Maschinenisten um 60 Proz., bei den Maschinenwärtern um 33 Proz., bei den Heizerinnen um 37 Proz., bei den Montagearbeitern um 40 Proz. und bei den Hilfsarbeitern um 31 Proz. gestiegen. Im Durchschnitt ist der Jahresverdienst eines Arbeiters des Elektrizitätswerkes innerhalb der letzten 10 Jahre von 1156 auf 1793 Ml., also um 54 Proz. gestiegen. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß im laufenden Jahre eine weitere Steigerung des Jahresverdienstes durch Alterszulagen eintreten wird.

Von einem Gemeindegewerksarbeiter wurden 1908 durchschnittlich verdient: Klüppelarbeiter der Gaswerke 1290 Ml., Paternenwärter der Gaswerke 1274 Ml., Chauffeur der Gaswerke 1770 Ml., Werkschläger der Gaswerke 1475 Ml., Gasfackel- und Kohlenfackel der Gaswerke 1712 Ml., besond. Arbeiter der Gaswerke 1685 Ml., Maschinenisten des Elektrizitätswerkes 1890 Ml., Maschinenwärter des Elektrizitätswerkes 1521 Ml., Heizer des Elektrizitätswerkes 1522 Ml., Montagearbeiter des Elektrizitätswerkes 1614 Ml., Hilfsarbeiter des Elektrizitätswerkes 1400 Ml., Klüppelarbeiter des Wasserwerkes 1221 Ml., Maschinenwärter und Heizer des Wasserwerkes 1315 Ml., Verfert. und Montagearbeiter des Wasserwerkes 1690 Ml.

Besondere Vergünstigungen, welche in einzelnen Fällen den Gemeindegewerksarbeitern gewährt werden, sind: 1. Teilweise Verfürung der Arbeitszeit, 2. Wohnende Akkordarbeiten, 3. Alterszulagen (beginnend nach zweijähriger Dienst), 4. Mehrwöchige Schicht in der Dienstarbeit mit wesentlich erhöhtem Verdienst (150 Pf. bis 6 Ml. für eine Schicht und einen Mann), 5. Zuschläge für Sonntagsarbeit, 6. Zuschläge für Überstunden, 7. Zuschläge für manuelle Nachtarbeiten und schmutzige Tagesarbeiten, sowie für Arbeiten außerhalb der Stadt, 8. Sommerurlaub mit Fortzahlung des Lohnes, 9. Ermäßigung der Zeit für Reinigung des Körpers in die Arbeitszeit, 10. Fortzahlung des Lohnes bei militärischen Hebungen, geringfügigen Versäumnissen uhm., 11. Auszahlung von Weihnachtsgeldern, 12. Zahlung von Weihnachtsgeldern, sowie Ausgabe von Zeits, 13. Zahlung von Weihnachtsgeldern für Frauen und Mädchen, 14. Befreiung von Wäsche, 15. Ausgabe von Kuchen, Nüssen und Mandeln an im Aufendienst beschäftigte Arbeiter, 16. Unterbringung aller abgegangener Arbeiter, von Frauen und Kindern.

Soweit der Bericht. Im Moment sind wir nicht in der Lage, die angegebenen Zahlen nachprüfen zu können. Es sollte in wohl Zurückhaltung geübt werden. Eins gilt jedoch schon heute als feststehend, der Senat hat die Lohn- und Arbeitsverhältnisse recht wenigstens verbessern lassen. Es heißt da, die Arbeitszeit ist von 11 auf 12 Stunden herabgesetzt, formell mag das zutreffend sein, in Wirklichkeit hingegen nicht. Wenn nämlich die Jahreslöhne wie angegeben erreicht sind, so kann dies nur durch eine veränderte Arbeitszeit ermöglicht sein. Vermutlich spricht die Voraussetzung nur von der Erhöhung der Löhne in den letzten zehn Jahren. Wenn andere Stadtverwaltungen in den letzten 10 Jahren eine Aufbesserung der Löhne der hiesigen Arbeiter um 20-30 Proz. erfolgen ließen, so greift der Senat gleich auf 12 bis 14 Proz. einzuwirken sein soll. Demnach müssen früher schon wirklich Hungerlöhne bestanden haben. Die amtliche Heberzeit hat die Stundenlöhne der Arbeiter, die durchweg recht niedrige sind, argente angegeben, sondern immer nur einen Jahresdurchschnitt herangezogen. Die Überstundenbezahlung ist mit in den Jahreslohn einbezogen und so ergibt sich ein ganz falsches Bild von den tatsächlichen Verhältnissen. (Zitat fort.)

Königsberger Sozialpolitik.

Neuerdings hat man in Königsberg i. Pr. die Gehälter der Lehrer und Beamten bis hinauf in den Stadträten und Bürgermeistern neu geregelt. Hiernach erhöht sich für den zweiten Bürgermeister das Grundgehalt um 2000 Ml. und das Endgehalt um 3000 Ml. Die Stadträte erhalten jetzt 3000 bis 12000, vorher 2000 bis 10000 Ml. Der Stadtrat 7000 bis 10000 Ml., vorher 6000 bis 9000 Ml. Der Reichstagsabgeordnete und Stadtratspräsident Gehring begründete als Referent der Kommission die Erhöhung damit, daß seit der letzten Gehaltsregelung im Jahre 1901 eine wesentliche Teuerung in den Lebensverhältnissen eingetreten wäre. Die Kommission habe daher beschlossen, die Vorlage anzunehmen.

Dem gegenüber vertrat man die Behandlung der Lohn- und Lebensverhältnisse der hiesigen Arbeiter. Die von den Meßingen geleitete Kommission hat sich bei da auf Grund der eingehenden statistischen Arbeiter in ihrer Sitzung am 21. Oktober 1909 folgenden Beschlusses geäußert:

Die Kommission hat sich über die oben erwähnten Verhältnisse im Königsberger Arbeiterausschuss geäußert. Eine Aufbesserung soll durch Erhöhung der Nominalgehälter erzielt werden. Es sind deshalb statistische Erhebungen anzustellen.

Brief aus Charlottenburg.

Im letzten Jahre ist hierorts die Agitation sehr lebhaft betrieben worden. Vor allem in der Straßenreinigung. Dort war es zu Anfang des Jahres gelungen, Fuß zu fassen. Eine Anzahl Kollegen, von der Zwecklosigkeit des dortigen Ortsvereins überzeugt, entschloß sich, unserem Verbands beizutreten. Hoffentlich kommen die übrigen zu derselben Einsicht.

Von den Wasserwerken, die jetzt in jüdischer Verwaltung sind, ist daselbe zu sagen. Der Anfang ist auch hier gemacht. Mögen alle Kollegen dazu beitragen, daß auch in diesen Betrieben die Organisation so stark wird wie in den Gaswerken.

Damit soll nicht gesagt sein, daß es auch in den Gasanstalten nicht noch besser aussehen könnte. Gerade die Heizerarbeiter, welche als die intelligentesten angesehen werden, lassen bezüglich der Organisation viel zu wünschen übrig. Daß sich doch dort aus ehemaligen Verbandskollegen ein Vereinchen gebildet, das da glaubt, unserem Verbands Knüttel zwischen die Fingerringe zu können. Bei der Wahl des Arbeiterausschusses auf den Gaswerken haben dieselben einen derben Keimling erlebt. Die darauffolgende Vorstandswahl zur Betriebskontenratse gab sie deshalb im Punde mit dem Verein der Katernenanzünder, um gegen uns den Kampf zu führen. Bei beiden Wahlen fielen aber mit überwiegender Majorität die Verbandsleute. Daraus ist zu ersehen, daß solche Vereinchen auf das Geos der Kollegen keinen Eindruck machen. Den Schluß hatten jene aber daraus ziehen, daß sie von ihren Anverwandten ablassen und mit uns vereint kämpfen und siegen.

Anerkennungswert ist, daß die Stadtverwaltung sich bereit erklärt, für sämtliche Betriebe den Kenntnistag einzuführen und Arbeiterausschüsse einzurichten. Einzelne andere Wünsche der Kollegen, in einer großen Versammlung händlicher Arbeiter als Forderung erhoben, gelangten zur Annahme. Das Verlangen auf Einziehung eines Verbandsvertreters zu den Sitzungen des Generalarbeiterausschusses kam jedoch nicht zur Durchföhrung. Aus welchem Grunde? In den kommissionarischen Verhandlungen wurde die Frage aufgeworfen: Welche Organisation kommt in Betracht? Demnach gehören aber nur die Gasarbeiter unserem Verbands an. Daher wurde der Antrag abgelehnt. Die Charlottenburger Kollegenchaft muß daraus die Lehre ziehen, die Organisation so weit wie möglich auszubreiten und diese einheitlich zu gestalten.

Zu der Neuregelung der Löhne und Arbeitszeit ist zu sagen, daß die sogenannten Monatslöhner jetzt schlechter gestellt sind als früher. Schritte zur Abhebung dieses Mißstandes sind schon getan.

Im Widerbruch mit der Lohnreihung und Aenderung der Arbeitszeit stehen die jetzt noch vorhandenen Arbeitsordnungen. Dieselben sind schon 10 Jahre und mehr rechtsgräftig. In der Zeit ist es daher, daß sich die Stadtverwaltung mit der Reformierung derselben beschäftigt. Zu wünschen wäre, daß die vor drei Jahren von den Kollegen geforderte Arbeitsordnung zur Einföhrung gelangte. Dann könnte man schon eher sagen, Charlottenburg wärthelt an der Spitze sozialer Arbeiterpolitik. Um aber dieser Ehre teilhaftig zu werden, ist es notwendig, daß sich alle Kollegen, einmündend des Anspruchs des Bürgermeisters Matting: "Wenn wir von den Arbeitern nicht gehoben werden, gehen wir nicht vorwärts", der Organisation anschließen. Sei deshalb ein jeder ein Agitator. Denn nur durch den Verband können wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern.

Aus der Saline Rosenheim.

Uns wird berichtet: Zu Nr. 285 der "Münchener Post" wurde erklärt, daß nun mitten im Winter in der Saline Rosenheim Arbeiter entlassen werden sollten. Es wäre Arbeit genug da und man hätte nur notwendig, den Schnee einmal wegzuräumen, damit die Arbeiter nicht immer darin herumzuwaten bräuchten. Nachdem die fünf gekündigten Arbeiter infolge Einschreitens des Verbandes nicht entlassen worden seien, sei neuerdings zwei Arbeitern gekündigt worden, obwohl Arbeit genug vorhanden sei. Das gab nun dem Salinenamt in Rosenheim Veranlassung, folgende Bekanntmachung zu erlassen:

In der Dienstaqnummer (16. Dezember 1909) eines Münchener Blattes ist behauptet, daß bei der Saline Rosenheim vor kurzem fünf Arbeiter entlassen werden sollten. Auf eine Vorhellung der Leitung des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes bei der f. Generaldirektion unterblieb die Entlassung. Das

Salinenamt stellt demgegenüber fest: 1. daß überhaupt nie im letzten Zeit beabsichtigt war, fünf Arbeiter zu entlassen. 2. daß somit die Vorhellung genannten Verbandes mangels jeglichen Grundes ohne Resultat bleiben mußte. Rosenheim den 19. Dezember 1909. gez. Greh.

Diese Bekanntmachung bot nun wieder einem christlich organisierten Mitgliede des Arbeiterausschusses der Saline, dessen Pflicht es gerade gewesen wäre, dafür einzutreten, daß Entlassungen um diese Jahreszeit nicht erfolgen, Gelegenheit, in "Wendstein" (Nr. 289) einen mit Sozialdemokratische Agitation überschriebenen Artikel zu veröffentlichen, in dem er — von Unrichtigkeiten ganz abgesehen — von "verwerflichen Mitteln dieser Agitatoren" und von "Mamagen" redet. Demgegenüber ist folgendes festzustellen:

1. Am Sonntag, den 4. Dezember, erklärte der Herr Werkmeister Seitz der f. Saline Rosenheim den Arbeitern Gabler Thomas, Gabler Johann Bapt., Grobauer Rudolf, Ladner Georg und Kröschl Math., daß für sie die Arbeit am 11. Dezember beendet sei. Auf die telefonische Mitteilung wandte sich der Gauleiter des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes sogleich an die Generaldirektion mit dem Ersuchen, die Entlassung der Arbeiter zu inhibieren. Die Entlassung fand denn auch nicht statt, und am 7. Dezember erklärte dann Werkmeister Seitz dem Arbeiter Gabler Thomas, daß nun vor den Feiertagen niemand mehr entlassen werden solle. Wenn also das Salinenamt durch Anschlag bekannt gibt, es hätte nie die Absicht der Entlassung von fünf Arbeitern bestanden, so ist diese Behauptung wohl am besten durch die namentliche Aufzählung der gekündigten Arbeiter widerlegt.

2. Am Montag, den 13. Dezember, bemerkte Werkmeister Seitz zu den beiden Arbeitern Gabler, daß sie nun doch entlassen werden müßten. Dem Rosenheimer Vertrauensmann des Verbandes erklärte dann Werkmeister Seitz, daß er vom Herrn Bergmeister Anträge bekommen habe, weil er die beiden Gabler überhaupt nicht habe arbeiten lassen. Und am gleichen Tage noch äußerte sich der Werkmeister Seitz dahin, daß er bedauere, Arbeiter, die er überall gut verwenden könne, entlassen zu müssen. Damit ist die Tatsache der geplanten Entlassung doch klipp und klar bewiesen.

Diese unsere Feststellungen sind nun dem Bergmeister Greh arg in die Nase gefahren, so daß er neuerdings mit dem unangenehmen Mittel eines Werksaufschlags sich zu retten versucht. Dieser Anschlag lautet:

Bekanntmachung.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat sich bei der Erklärung des Salinenamts vom 16. d. R. nicht beruhigt, sondern, kürzente, in Nr. 291 der "Münchener Post", sowie in einer Wochenschrift an den "Wendstein" Nr. 292 die Wichtigkeit der amtlichen Bekanntmachung.

Um den Arbeitern zu zeigen, welche gewissenlose Hecke gegen das Salinenamt von dieser Seite geführt wird, sei hiermit Stellung zu den Artikeln genommen.

Umso ist noch wie vor die Behauptung, daß den fünf dort namentlich aufgeführten Arbeitern das Arbeitsverhältnis gekündigt wurde oder werden sollte. Die beiden Arbeiter Kröschl Math. und Grobauer Rudolf erklären im nebigen Protokoll von Dientigen, daß diese Aufstellung eine direkte Unwahrheit sei, da ihnen gegenüber niemals von einer Kündigung die Rede gewesen sei.

Den übrigen drei Arbeitern war bei ihrer Aufnahme in die Werksarbeit im Juli d. J. ausdrücklich, teils schriftlich, teils mündlich mitgeteilt worden, daß sie nur vorübergehend Beschäftigung, und zwar auf 2-3 Monate finden würden. Tatsächlich aber wurden diese Leute gegen 4-4½ Monate in Arbeit gehalten. Allen drei Arbeitern wurde alsdann regelrecht gekündigt. Die Behauptung, daß für diese Leute Winterarbeit auf dem Torffelde vorhanden gewesen sei, ist eine willkürliche; dienstfällere Bewerber aus dem Torfbetrieb müßten schon früher vom Amt abgewiesen werden.

Die dem f. Werkmeister Seitz in den Artikeln zugedachte Hofe und Herberungen werden von diesem als entstellt bezeichnet.

Im Anschluß an obige Erörterungen weist das Amt darauf hin, daß wirklich bestehende Schäden und gerechtfertigte Beschwerden persönlich oder durch den Arbeiterausschuß bei Amt vorgebracht werden sollen. Der Unterfertigte hat diesen Wunsch bei seinem Dienstantritt dringend den Arbeitern ans Herz gelegt. Wenn weiterhin wie bisher aus agitatorischen Gründen mit erlassenen Mitteilungen in der Presse das Ansehen des Salinenamts herabzuziehen versucht wird, wird letzteres nicht zögern, weitere ihm notwendig erscheinende Konsequenzen zu ziehen.

Rosenheim, den 23. Dezember 1909.

Agf. Salinenamt. Greh.

Protokoll in nachfolgender Sache.

Rosenheim, den 23. Dezember 1909.

Gegenwärtig: Bergmeister Gref; Bauzeichner Gnadt als Protokollführer.

Auf Veranlassung der Tagarbeiter Fröschl und gibt auf die Aufforderung, sich über die Kündigungsangelegenheit vom 4. Dezember zu äußern, folgendes an:

Am 4. Dezember gegen Schluß der Schicht kam der Herr Bergmeister Seitz und kündigte dem Gabler Thomas und Ladner Johann. Mir selbst wurde die Arbeit weder gekündigt noch eine Entlassung in Aussicht gestellt. Ich wurde lediglich am 8. Dezember auf das Torfeld verlegt, wo ich seitdem arbeite.

Unterzeichnet: Fröschl.

Der ebenfalls vorgerufene Tagarbeiter Grobauer Rudolf erklärt:

Am Samstag, den 4. Dezember, wurde seitens des Seitz den beiden Arbeitern Gabler und Ladner in meiner Gegenwart gekündigt. Es ist eine direkte Unwahrheit, wenn behauptet wird, daß mir oder meinem Kameraden Fröschl die Arbeit gekündigt worden sei. Ich wußte von dieser Behauptung gar nichts, bis mir heute früh von Kameraden hiervon Mitteilung gemacht wurde. Ich sehe dieser falschen Mitteilung vollständig fern.

Vorgelesen und unterzeichnet: Grobauer Rudolf,
Gref, Gnadt.

Wie daraus ersichtlich, hat der Herr Bergmeister die Güte, sich selbst ad absurdum zu führen. Denn im ersten Ansatze wurden Entlassungen glattweg bestritten, und nun stellt Herr Gref selbst fest, daß 4 Kündigungen und Entlassungen erfolgt sind. Ob es sich dabei um 4 oder 5 Arbeiter dreht, ist ziemlich nebensächlich. Wollte man sich dabei auf den Ton des Salinenamts legen, so könnte man den Stiel umdrehen und sagen, das Salinenamt führt eine „gewissenlose Hehe“ gegen den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Äußerung von der nur vorübergehenden Beschäftigung der Entlassenen ist richtig. Denn jeder Arbeiter erhofft dauernde Beschäftigung, selbst wenn er nur vorübergehend eingestellt ist. Sonst würde es ihm wirklich nicht einfallen, für den in der Saline gezahlten, unerhöht niedrigen Tagelohn zu arbeiten, wo er doch draußen mehr verdienen kann. Abgesehen wurde nur einem Arbeiter Beschäftigung auf zwei bis drei Monate in Aussicht gestellt, die darin liegende Beschränkung aber sofort wieder dadurch aufgehoben, daß es in dem diesbezüglichen Schreiben hieß, man müsse sehen, ob sich bis dahin weitere Arbeit findet. Wie der Herr Bergmeister selbst feststellt, dauerte die Beschäftigung 4 bis 4½ Monate. Die Arbeiter hatten also die gute Zeit im Werk zugebracht und wenn sie nun mitten im Winter just vor den Weihnachtsfeiertagen hinausfliegen, so sind der Saline von ihnen sicherlich keine Glückwünsche zuteil geworden.

Freilich bestritten nun die zwei Arbeiter Fröschl und Grobauer die Kündigung, denn sie durften wieder bleiben. Wie es mit diesem „Protokoll“ mit Gänsefüßchen aber steht, geht daraus hervor, daß ein halbes Duzend Zeugen vorhanden ist, die eiblich zu erklären bereit sind, daß Grobauer in öffentlicher Weise erklärte, daß ihm und Fröschl gekündigt sei. Und außerdem ist da noch folgende

Erklärung:

Rosenheim, den 27. Dezember 1909.

Die beiden Unterzeichneten erklären laut Unterschrift, daß am 4. Dezember 1909 kurz nach Arbeitsluß 3 Uhr nachmittags Gabler Thomas, Ladner Johann, Gabler Johann und Grobauer Rudolf laut verlesen und ihnen für Samstag, den 11. Dezember, gekündigt wurde. Unterschrift: Thomas Gabler, Ladner Johann.

Damit dürfte ja nun auch für den Herrn Bergmeister Gref die Sache ziemlich geklärt sein und der Leser wird nun urteilen können, wie es um die „erlogenen Mitteilungen“ bestellt ist und wer das Ansehen des Rosenheimer Salinenamts herabzuziehen versucht. Daß die Erörterungen in der Presse dem Herrn Bergmeister nicht passen, ist ja schließlich begreiflich. Derartige Sachen aber unter der Hand abzumachen, dazu sind in der Saline die nötigen Vorbedingungen nicht gegeben und somit werden die Berichte aus der Saline Rosenheim nicht aus der Presse verschwinden, auch dann nicht, wenn der Herr Bergmeister nicht zögern wird, ihm notwendig erscheinende, weitere Konsequenzen zu ziehen.

Diese unverblümt ausgesprochene Drohung mit dem Hinanspruch eines Verdächtiger hat gerade noch gefehlt, um der Sache das passende A. I. zu geben. Der Herr Bergmeister Gref kann so bleiben wie er ist.

B. G.

Bedrängte Gewerkschaftschriften.

Bei der Wahl des Arbeiterausschusses des Stadtbauamtes München im Jahre 1907 machten die christlich organisierten städtischen Arbeiter lange Gesichter, als sich bei der Stimmenauszählung ergab, daß nicht, wie sie sich es so schön ausgedacht hatten, die Christlichen alle 8 Mandate erhielten, sondern nur eines und dem freien Gemeindearbeiterverband 6, während das letzte Mandat einem Unorganisierten zufiel. Aber die christliche Organisation hatte noch mehr Pech, denn selbst das einzige christliche Mitglied des Arbeiterausschusses trat nach kurzer Zeit zum freien Verbands über, nachdem es sich im Arbeiterausschuss von der intensiven Arbeit dieser Organisation überzeugt hatte.

Im Jahre 1909 fand nun die Wahl des Arbeiterausschusses für den Schlacht- und Viehhof statt, bei der die Christlichen unserer Organisation großmütig einen Vertreter zubilligen wollten. Das Resultat war aber gerade umgekehrt, indem von 6 Mandaten der freie Gemeindearbeiterverband 5 und die Christlichen 1 Mandat erhielten. Aber selbst das erhielten sie freiwillig vom „roten“ Verband zugestanden und es fehlten nur drei Stimmen, so wäre auch dieses Mandat für die Christlichen futsch gewesen.

Bei der Neuwahl des Arbeiterausschusses bei den städtischen Gasanstalten erhielt unser Verband alle 10 Mandate, während die Christlichen ganz leer ausgingen. Sie erhielten sogar weniger Stimmen als sie Mandatanten aufgestellt hatten!

Nun findet am 30. Januar die Neuwahl des Arbeiterausschusses für das Stadtbauamt statt. Die neueste Nummer des christlichen Organs, „Die Gewerkschaftsstimme“, ersucht in einem Aufruf die Münchener städtischen Arbeiter um rege Wahlbeteiligung, weil „sonst der sozialdemokratische Gemeindearbeiterverband die Mandate freitig mache“. Wenn einer Organisation Mandate freitig gemacht werden sollen, so muß sie auch solche haben, was bei den Christlichen jedoch nicht der Fall ist. Die „Gewerkschaftsstimme“ meint auch, einige Arbeiterausschussmitglieder hätten ihre Pflicht nicht erfüllt. Sie vergißt aber zu sagen, wer seine Pflicht nicht erfüllt hat und inwiefern das der Fall ist. Dagegen möchten wir bemerken, daß dem Arbeiterausschusse des Stadtbauamtes während seiner dreijährigen Mandatsdauer sage und schreibe zwei Anträge des christlichen Verbandes zugingen. Und die waren so beschaffen, daß sie umgearbeitet werden mußten. Nach dieser Umwandlung wurde dann mehr erreicht, als die Christlichen gefordert hatten. Versagt hat also allein die christliche Organisation.

Am übrigen kann sich der Arbeiterausschuss wie auch unser Verband mit den im Laufe der drei Jahre erzielten Erfolgen wohl sehen lassen. (Siehe die Abänderung der Arbeitsordnung, Lohnerhöhung, Verbesserungen in der Lohnliste, Erweiterung des Urlaubs und der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, Feiertagsbezahlung, Abschaffung der Beiträge zur Versorgungsliste — die von den Christlichen bekämpft wurde — und nun neuerdings 540 000 Mk. für weitere Verbesserungen und Lohnerhöhungen ab 1. Januar 1910.)

Die „Nichtigkeit“ des christlichen Verbandes wird hingegen bei der Neuwahl des Arbeiterausschusses am 30. Januar durch die Wahl von unserer Organisation angehörenden Arbeiterausschussvertretern entsprechende Würdigung finden.

Schon bei der Aufstellung der christlichen Kandidaten gab es einige Schwierigkeiten insofern, als einige jener Mitglieder, denen der „Durchfall“ zugebracht war, nichts davon wissen wollten oder gar schon in unseren Reihen saßen.

Unsere Münchener Kollegen sehen ihre Ehre darin, daß am Wahltag, am 30. Januar, wie vor drei Jahren der Sieg unser werde. Deshalb Mann für Mann zur Wahl.

Die Kandidaten unseres Verbandes resp. der freien Organisation sind:

Sparte	Zahl der Wähler	Vertreter	Erfolmann
Bausteinbau	162	Brandl, Michael	Bey, Karl
Kanalbau	69	Raner, Dominant	Hilb, Peter
Wasser- und Wasserversorgung	41	Sturm, Josef	Hogmeier, Josef
Hochbau	96	Gader, Johann	Schmid, Josef
Heizung	85	Raner, Karl	Schöberl, Georg
Gartenbau	147	Heine, Emanuel	
Strassenbau	106	Seidl, Josef	Siebert, Franz
Plasterbau	87	Dengler, Johann	Schneider, Josef

1693

Diese im Kampfe für die Arbeitersache erprobten Männer bieten die Gewähr, daß wir städtischen Arbeiter auch für die nächsten drei Jahre unsere Vertretung in bewährten Händen wissen.

B. G.

Notizen für Gasarbeiter

Berlin, J. C. G. A. Die Sektion hielt am 10. Januar ihre regelmäßige Versammlung ab. Eingangs referierte Genosse Siebel über: „Die wirtschaftliche Entwicklung und die politische Lage.“ Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Den Bericht der Leitung gab Moll. Kolenski. Er lautete nicht günstig. Wenn auch im letzten Quartal kein Rückgang zu verzeichnen war, so schließt doch das Jahr mit einem erheblichen Mitgliederverluste ab. In der Hauptsache dürfte dies auf die zahlreichen Entlassungen im Außenbetriebe wie auch in einzelnen Werken zurückzuführen sein. Einen Teil der Schuld trägt aber auch die Passivität der Kollegschaft. Unter diesen Umständen ist es freilich nicht verwunderlich, wenn die Direktion die für die günstige Situation zu einer Reihe von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und zur Beschränkung der Arbeiterrechte benutzte. Die Leitung unternahm alles, um dem einen Niegel vorzuschieben, doch scheiterten diese Versuche vielfach an der Gleichgültigkeit der Kollegen. Die wiederholten Vorwürfe gegen die Leitung, daß in puncto Agitation in den einzelnen Abteilungen nicht genügend geschehe, widerlegen die Zahlen über die stattgefundenen Versammlungen, Sitzungen und Besprechungen. Es fanden im Berichtsjahre insgesamt 254 derartige Veranstaltungen statt. Außerdem kamen mehrere Flugblätter zur Verteilung. Die im Juni vorgenommenen Arbeiterauswahlgewahlen brachten fast in allen Betrieben der Organisation den Sieg. Nach kurzer Diskussion erfolgten die Neuwahlen. In die Leitung wurden die Kollegen Paul Müller, Bruno Otto, Paul Blume, Adolf Harz und Karl Kolenski, in die erweiterte Verwaltung die Kollegen Wilhelm Stenzel, Aug. Runglow, Karl Merting und Adolf Harz Wilhelm Stenzel, Aug. Runglow, Karl Merting und Adolf Harz Betriebsversammlungen. Zum Punkt Agitation wurde beschlossen, die Anträge vom Oktober wieder aufzunehmen und in den Januarversammlungen der Betriebe durchzusprechen. Als weiterer gemeinsamer Antrag soll erhoben werden, die Kollegen als Sonntagsarbeiter bei den Krankenlöhnen anzumelden, um ihnen dadurch für 7 Tage pro Woche Krankengeld zu sichern. Mit einem Mahnwort zu reger Mitarbeit im neuen Jahre wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. (Neue Gewaltkreise aus dem Bereich der englischen Gasanstalten.) Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Direktion der englischen Gasanstalt (J. C. G. A.) von jeher jede Bestrebung der Arbeiterschaft, sich zu organisieren, mit Gewalt niedergehalten hat. So versucht man es auch jetzt wieder. Die Arbeiter in dem Bezirk Obermainstraße hatten in letzter Zeit einige Zusammenkünfte, von denen die englischen Weltmenschen Kenntnis belamen. Sofort schickten sie zwei ihrer Aufpaffer in die Versammlung, die ihr schmutziges Handwerk auch zur Zufriedenheit der Verwaltung ausführten. Wir wollen auch die Namen dieser Denunzianten hier der Öffentlichkeit preisgeben, damit sie jeder, der sie kennt, zu würdigen weiß. Es sind dies die Spengler Martin Gahn und Andreas Kildas. Als Folge der gemeinen Tat dieser zwei Ausharbeiter wurden vier Mann sofort unter Auszahlung der Kündigungsfrist entlassen und einer weiteren Anzahl gekündigt. Gelingen wird es diesen Gewaltthoren auch durch diesen neuen Streich nicht, die Organisation für die Zukunft zurückzudrängen. Uebrigens wird wohl auch die Stadtverordnetenversammlung hier einmal ein Wort mitsprechen müssen.

Aus unserer Bewegung

Bayreuth. In der ordentlichen Generalversammlung am 9. Januar erstattete Kollege Schilling den Jahresbericht. Es fanden im vergangenen Jahre fast: 11 Vorstandssitzungen, 2 allgemeine, 2 außerordentliche, 7 Monats- und 5 Betriebsversammlungen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 87 auf 147, mithin ein Zuwachs von 60 Mitgliedern. Besonders hervorzuheben ist der im Vorjahre erfolgte Beitritt des Pflegerpersonals. Kollege Hagen gab sodann den Kassenbericht. Derselbe wurde für richtig befunden und auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Decharge erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: 1. Vorsitzender Joh. Schilling, 2. Vorsitzender Jakob Schneider, 1. Kassierer Joh. Hagen, 2. Kassierer Friedrich Goller, 1. Schriftführer Volksgang Ott, 2. Schriftführer Alois Kullinger; Beisitzer Georg Wolfrum, Joh. Knecht, Franz Gamel und Georg Sesselmann; Revisoren Friedrich Stadt, Georg Schwarz und Wilhelm Feisler; Kartelldelegierter Joh. Schilling, Malin, Pankrat und Schneider; Unterkassierer Christian Döngel und Joh. Neulam. Ferner wurde noch beschloffen, dem 1. Vorsitzenden jährlich 25 M., und dem 1. Kassierer jährlich 40 M. Entschädigung zu gewähren, für jede Verwaltungssitzung und für jede vierteljährliche Revision pro Mann 50 Pf. sowie den beiden Unterkassierern 6 1/2 Proz. der kassierten Beiträge zu vergüten.

Benediktbeuren. Die Generalversammlung der noch jungen, jedoch innerlich starken Filiale fand am 8. Januar im Gasthaus von Berneder statt. Trotz des schlechten Wetters waren Kollegen

von verschiedenen Orten antworfend. Kollege Weiß-München hielt einen 1 1/2stündigen Vortrag über: „Arbeiterpolitik im Bayerischen Landtag.“ An das Referat schloß sich der Jahresbericht des Vorstandes. Erstlichweise kann auch hier von einem guten Mitgliederstand gesprochen werden. Den Kassenbericht gab Kollege Rohrmoser, der durchaus befriedigt. Aus der Neuwahl gingen hervor: Alois Bögl und Josef Cettl, Vorsitzende; Michael Rohrmoser, Kassierer; Benno Kleinhauser, Schriftführer; Josef Dreimel und Josef Tafelmeier, Revisoren. — Bei Punkt Betriebsangelegenheiten wurde von den Kollegen Klage darüber geführt, daß die vom Bauamt errichtete Kantine nicht gebrauchsfähig ist. Abgesehen von dem Umstand, daß es überall augig, befindet sich ein Ofen darin, der ohne weiteres zum alten Eisen gehört. Sind doch die armen Teufel von Wasserbauarbeitern gezwungen, trotzdem ein Ofen vorhanden ist, mit kalten Büschen und dergleichen den ganzen Tag zu leben, was infolge der unangünstigen und kalten Witterung zu verschiedenen Krankheiten, wie Erkältung, Rheumatismus usw., führen muß. Auch wäre zu wünschen, daß der Arbeiter, der früher für die Kollegen gekocht hat, dies jetzt wieder tun darf, aber ohne Kohlfürzung. Die Arbeiter bekommen dadurch billiges Mittagessen und den Viter Bier zu 20 Pf., während ein Bier das nicht bieten kann, da derselbe auch erhöhte Ausgaben durch Haltung von Personal hat. Öffentlich entspricht das Bauamt den berechtigten Wünschen. Weiter wünschen die Kollegen, daß bei Vergebung von Arbeitern an eine andere Arbeitsstelle der Lohn nicht reduziert wird. Es ist vorgelommen, daß die Herabsetzung 30-50 Pf. betrug.

Charlottenburg. Die letzte Sektionsversammlung nahm den Jahresbericht, den der Kollege Förber gab, entgegen. Die Mitgliederzahl stieg vom 1. Januar 1900 bis zum Berichtstage um 20, von 312 auf 332. Zu Obleuten wurden gewählt: O. Järber und S. Kopp; zu Delegierten für die Gewerkschaftskommission O. Schmidt und J. Quade, zur erweiterten Verwaltung: B. Lichtenberg und W. Kühne und zum Vollhausausschuß O. Järber.

Freikung. Unsere Jahresgeneralversammlung tagte am Sonntag, den 2. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Deutschen Kaiser“. Kollege Weiß-München hielt einen Vortrag über die Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung. Dem mit Beifall aufgenommenen Referat folgte der Jahresbericht. Denselben entnahmen wir, daß sich die Mitgliederzahl im verfloffenen Jahre von 22 auf 57 erhöhte, ein Beweis, daß der Ausschluß sowie die Kollegen ihre Pflicht getan haben. Möge auch das neue Jahr gute Erfolge bringen. Der hierauf erstattete Kassenbericht ergibt, daß ohne die vom Vorstandsvorstand geleistete Unterstützung die Vollkassette aus lokalen Mitteln 30 M. an Extraaufstützung für arbeitslose Mitglieder auszahlte. Auch sonst erwiesen sich die Bücher sowie Bestand nach Bericht der Revisoren als durchaus befriedigend. Bei der Neuwahl wurden folgende Kollegen in den Ausschuß gewählt: 1. und 2. Vorsitzender: Raber und Buchtaum; Kassierer: Heimer; Schriftführer: Pöuler; Revisoren: Kopp, Sonnleitner und Freund. Als Gewerkschaftsdelegierte wurden die Kollegen Raber, Penler und Schwarz gewählt.

Lebeh. Unsere Generalversammlung tagte am 7. Januar im Gewerkschaftshause. Kollege Kempte gab den Jahresbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Bewegung im verfloffenen Jahr gut genannt werden kann. Die Wahlen zur Ortsverwaltung zeigten folgendes Resultat: A. Kempte, erster Vorsitzender; Wieg, zweiter Vorsitzender; Dremer, Kassierer; Beda, Beisitzer; und als Revisoren Geist und O. Sindt. Zu Kartelldelegierten wurden A. und O. Kempte, als Ersatzmänn Geist und zu Ausschußratsmitgliedern des Gewerkschaftshauses A. Kempte und Dremer bestimmt. Ein Antrag, die Arbeitslosenunterstützung für das erste Quartal 1910 von 7 auf 8 M. pro Woche zu erhöhen, fand einstimmige Annahme. Ferner wurden 10 M. Unterstützung für einen in Not geratenen Kollegen bewilligt.

Leipzig. Die bädtischen Straßenreiniger hatten sich am Sonnabend, den 8. Januar, im „Lobol“ sehr zahlreich versammelt, um zu den Beratungen über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Stadtparlament Stellung zu nehmen. Das einleitende Referat hatte der Kollege Schuchardt übernommen. Er führte aus: Wenn es nun dazu gekommen, daß dem Antrage unserer Genossen auf Lohnerhöhung zugestimmt ist, so sei dies in der Hauptsache dem Trude der gewerkschaftlichen Organisation und dem tatkräftigen Eingreifen unserer Genossen, insbesondere ihrer wirksamen Tätigkeit in den vorbereitenden Ausschüssen zu verdanken. Die bürgerlichen Abgeordneten spielen sich nur da als Arbeiterfreunde auf, wo sie berechenbare Vorteile bei Wahlen usw. in Ansatz stellen können. Die Zustimmung zu dem Lohnerhöhungsantrag ist daher unter der Einwirkung der Verhältnisse, speziell infolge der Wirkungen der famosen Reichsfinanzpolitik und der rapiden Lebensmittelerhöhung erfolgt. Gesagt ist jedoch damit noch nicht, daß auch der Rat diesem Beschluß ablehnend betreten wird. Abwartende Stellung einnehmen und die eigenen Reihen immer mehr stärken sei daher ein Gebot der Vernunft. Der Zweck der Einberufung liegt aber besonders darin, daß einige Aufseher, unter ihnen auch Herr Oberaufseher John vom 3. Bezirk, sich berufen fühlen,

die Äußerungen des Genossen Ornth in der Sitzung vom 20. Dezember 1909 in erstickter und übertriebener Weise auf ihre Untergebenen wirken zu lassen. Solche Nachträge neben den Einschüchterungsversuchen gegen die Organisation nehmen sich jedoch von Herrn John als Hauseigentümer recht eigenartig aus. Bei feinem Gehalt kann man allerdings leicht Zufriedenheit über die Löhne predigen. Vom Einberufer war deshalb eine Einladung an die Aufseher zur Versammlung ergangen, erschienen in keiner. Durch einen Beauftragten des Herr John erfuhr die Versammlung, daß Herr Stadtbaurat Peters es ihnen unterjagt habe, die Versammlung zu besuchen. Genosse Ornth wies an der Hand reichlichen Materials nach, daß von ihrer Seite stets das Beste für die Arbeiter erjagt wurde. Wenn es noch nicht gelungen, allen Wünschen Befriedigung zu verschaffen, so sei das nicht ihre Schuld, sondern nur auf das Konto der bürgerlichen Stadtverordneten und Mittelständler zu setzen, die wohl bestrebt wären, für ihresgleichen hohe Gehälter zu bewilligen, jedoch für die Arbeiter nichts übrig hätten. Die Arbeiter müßten dafür noch viel konsequenter werden, um diesen Faktoren, wie auch in den „Neuen Nachrichten“, die die Straßenreiniger so oft beschimpfen, ihren Willen deutlich als bisher fühlbar zu machen. Das Bürgerrecht müsse erworben werden, um passende Vertreter in das Stadtparlament zu entsenden. Wenn Herr John seine Ausführungen nicht verstehen könne oder wolle, so liege das daran, daß er die Tatsachen zu wenig beachte. Mit einem kräftigen Appell zum Zusammenhalt und der Aufforderung zum Abonnement auf die „Volkszeitung“ schloß Genosse Ornth seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Auf Antrag wurde sodann die Rede aus dem Stenogramm verlesen, die allgemeine Zustimmung auslöste. — Lage wurde in der Diskussion über das Auftreten und Verhalten des Aufsehers Witzig vom 4. Bezirk geführt. Der gestrenge Herr, der früher seine wertvolle Kraft der Stadt als Schutzmann zur Verfügung stellte, läßt allen, im Dienste ergrauten Arbeitern und Vorarbeitern eine Behandlung zuteil werden, die alles andere, nur nicht human zu nennen ist. Die Arone setzte er seinem Verhalten dadurch auf, daß er am Vorabend des Festes der Liebe, zu Weihnachten, einen Familienvater Quall und Fall nach Hause schickte und so brotlos machte, weil der Kollege sich nicht so fügsam zeigte, wie es dem Herrn beliebt. Unterstützt wird der Herr dadurch, daß sich viele Kollegen diese Behandlung ohne Beschwerde gefallen lassen. Da aber der Beschwerdeweg für die Arbeiter immer mit Nachteilen verbunden sei, müsse der der öffentlichen Kennzeichnung beschritten werden. Ferner wurde über die Liebedienerei und Hohnträgerei von Auskollegen scharfe Kritik geführt und betont, derartigen Leuten stets auf die Finger zu sehen und sie nach ihrem Tun zu behandeln. Eine Resolution, in der die geforderten Forderungen aufrechterhalten werden und die bisherige ablehnende Stellungnahme des Rates zur Lohnfrage gemüßigt wird, gelangte zur einstimmigen Annahme, mit dem Antrag, daß der Arbeiterausschuß baldigt wegen Lohnerrhöhung vorstellig werden soll.

Mainz. Unsere Generalversammlung tagte am 16. Januar und nahm den Jahresbericht des Vorstandes für das abgelaufene Geschäftsjahr entgegen. Daraus ging hervor, daß eine rege Tätigkeit im verflochtenen Berichtsjahre erfaßt worden ist. Kollege Reinbart gab den von den Revisoren abgelesenen Jahresbericht. Die finanzielle Grundlage der Zentrale ist eine gute. Die Wahlen brachten als Resultat: 1. Vorsitzender Kollege Klein; 2. Vorsitzender Kollege Mappes; Kassierer Kollege Reichert; Schriftführer Kollege Willenburger; Beisitzer die Kollegen Umbauer, Schödel und Bauer; Revisoren die Kollegen Schmitt, Stadler und Wagner; Martelldelegierte Kollege Stadler. Nach einigen Bemerkungen schloß Kollege Klein die schön verlaufene Versammlung mit dem Ersuchen, jedes Mitglied möge durch fleißige Agitation dem Verbands treu zur Seite stehen.

Mosburg. Am Sonntag, den 2. Januar, fand in der Brauerei Kirchhammer unsere Generalversammlung statt. Kollege Weich. München hielt einen Vortrag über: Die sozialen Kämpfe vor 300 Jahren. In 1½stündigen Ausführungen legte der Referent den zahlreich Versammelten dar, daß schon im Mittelalter Verständnis für Zusammenschluß der arbeitenden Massen vorhanden war. Er ging dann auf die geschichtliche Entwicklung der sozialen Kämpfe und ihre Ursachen und Wirkungen ein sowie auf die Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung bis zum heutigen Tage. Zum Schluß seiner Ausführungen richtete er an die Wasserbauarbeiter den Appell, fest zusammenzuhaltend, um bessere Verhältnisse erzielen zu können. Dem beifällig aufgenommenen Referat folgte der Massenbericht, dem wir entnehmen, daß die Finanzverhältnisse günstige sind. Bei der Renouveau des Vorstandes wurden gewählt: 1. Vorsitzender Steringer, 2. Vorsitzender Berghammer, als Kassierer Kollege Heideberger, Schriftführer Kollege Kötter und zu Revisoren die Kollegen Zimmer, Köfmeier und Kömmer.

Essenbach a. M. Die am 15. d. M. abgehaltene Generalversammlung war ziemlich gut besucht. Sie nahm den Jahresbericht des Vorstandes für das abgelaufene Geschäftsjahr entgegen. Es fanden im Berichtsjahr 4 Generalversammlungen, 12 Mitgliederversammlungen, 22 Parteiversammlungen und 2 öffent-

liche Versammlungen statt. Die Mitgliederzahl hat sich um 51 vermehrt. Kollege Karde bemerkt, daß für das Jahr 1910 noch viel zu tun übrig bleibt. Die Arbeitsordnung müsse durchgesetzt werden. Wenn man in Betracht zieht, daß circa 600 Personen bei der Stadt beschäftigt sind, ist das jetzige Resultat der Mitgliederzahl keineswegs befriedigend. Wenn auch ein großer Teil der Kollegen in anderen Verbänden organisiert ist, bleibt doch noch eine angemessene Zahl, welche noch gar nicht organisiert sind, übrig. Hier müssen wir den Hebel ansetzen, wir müssen alle tatkräftig mitarbeiten und diese uns noch fernstehenden Kollegen für unsere gerechte Sache zu gewinnen suchen. Die Abrechnung vom 1. Quartal ergab folgendes Bild: Gesamteinnahme 1266,77 M., an den Hauptvorstand gesandt 575,20 M., Zuzahlungen 236,00 M., bleibt Zuzahlungsbeitrag von 455,57 M. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus den Wahlen gingen hervor: Als 1. Vorsitzender, d. h. die derzeitige eine Wiederwahl ablehnte, Kollege Gotta; Kassierer Kollege Renzel; Schriftführer Kollege Kämmer; Beisitzer die Kollegen Moders, Schäfer, Zimmermann und Müller; Martelldelegierte die Kollegen Gotta und Plum; Revisoren die Kollegen Schmitt, Plum und Gomer. Im Verschiedenen wurde mitgeteilt, daß man mit der Kandidatenliste zur Arbeiterauswahl soweit vorgeschritten sei, daß sie in nächster Versammlung vorgelegt werden kann. Darin wurde noch beschlossen, der Abhaltung der Gaukonferenz in Mainz zuzustimmen.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Abte Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. Am 20. und 21. Dezember 1909 waren die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer zweitägigen Beratung in Berlin versammelt. In erster Stelle führten die Bewegungen der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Grubenrevier und der Baugewerke im kommenden Frühjahr zu einer gemeinsamen Aussprache, wodurch diese Angelegenheiten ihre Erledigung fanden.

Somitlich des Ende August 1910 in Kopenhagen stattfindenden Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses wurde beschlossen, prinzipiell auch für diesmal an der paritätischen Vertretung von Partei- und Gewerkschaften festzuhalten. Jede der beiden Gruppen soll durch 100 Delegierte vertreten sein.

Bzüglich der internationalen Verbindungen wurde über den Stand der Angelegenheit der deutschen Delegation nach England und über den durch den Besuch „Compers“ in Europa eingeleiteten und vom amerikanischen Gewerkschaftskongress in Toronto beschlossenen Beitritt des nordamerikanischen Arbeiterbundes zum internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen berichtet. Wenn die Generalkommission zum Empfang Compers' in Berlin außerordentliche Veranstaltungen traf, so galt dies sowohl dem Delegaten des großen nordamerikanischen Bruderverbundes als auch der Bedeutung, die der Anschluß des letzteren an die Gewerkschaften Europas habe. Der Erfolg habe gezeigt, daß dieses seit Jahren erstrebte Ziel erreicht wurde. Gegenüber den Einwänden am Compers' Stellung zur Sozialdemokratie und seiner Zugehörigkeit zur Civic Federation müsse betont werden, daß wir uns in Deutschland auch nicht von außen in unsere Taktik und unsere inneren Einrichtungen hineinreden lassen. Das gleiche Recht müssen wir auch anderen Ländern zugehen. Jede andere Taktik könne den internationalen Zusammenschluß nur vereiteln. Zweifellos werde aber die Entwicklung der Dinge in den Vereinigten Staaten dahin drängen, daß auch die dortigen Gewerkschaften den von uns gewählten Weg ganz von selbst einschlagen. Ferner wird über die neuen Auseinandersetzungen mit der französischen Landeszentrale anlässlich der spanischen Unruhen berichtet. In der Debatte wurde von keiner Seite des Verhalten der Generalkommission in der Compersangelegenheit kritisiert, dagegen sprachen mehrere Redner ihre Mißbilligung über die seitens einiger Parteikongresse erfolgten Angriffe auf Compers und die Generalkommission aus, die mit der bekannten Devise, daß Partei und Gewerkschaften „eins“ seien, recht wenig harmonierten. Es wurde jedoch festgestellt, daß es sich bei diesen Äußerungen keineswegs um offizielle Parteistandgebungen gehandelt habe.

Zur Beratung standen auch die „Gewerkschaftlichen Interzessionskurse“ und die einheitliche Regelung des Diäten- und Reisebezuges. Hierbei wurde beschlossen, neben den Diäten ein angemessenes Wohnungsgeld zu zahlen. Ferner wird den Teilnehmern ein Zusatz zur Verdaffung von Büchern in Höhe von 10 M. gewährt, der je zur Hälfte von dem Verbandsvorstand und der Generalkommission getragen wird.

Einige vom Reichstatistischen Amt gewünschte Änderungen in den Erhebungsformularen zur Statistik sind der statistischen Kommission zur Prüfung überwiesen. Die Frage der Verzinsung von Darlehen, die zwischen Gewerkschaften aufgenommen werden, wurde dahin entschieden, daß dieselben zu verzinsen sind. Das gilt auch für Darlehen, die seitens der

Generalkommission gewährt werden. Die Höhe des Zinsfußes ist von Fall zu Fall zu vereinbaren.

Sodann wurde über den Stand der Vorarbeiten zur Errichtung einer sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission berichtet. Diefelbe soll spätestens am 1. April 1910 in Tätigkeit treten. Als Leiter derselben ist Genosse Robert Schmidt, seither Zentralarbeitssekretär, bestimmt. Eine zweite Kraft für die sozialpolitische Abteilung ist in Aussicht genommen. Weiterhin wird durch Uebernahme der Zentralkommission für Bauarbeiterschutts Genosse Heintze-Hamberg in das Bureau eintreten. Dazu soll eine weibliche Bureauhilfskraft angestellt werden. Aufgabe der sozialpolitischen Abteilung soll sein, aus Gewerkschaftskreisen die notwendigen Materialien für die sozialpolitische Gesetzgebung zu beschaffen und besonders auch die Rechtsprechung eingehend zu verfolgen.

Ueber die gewerkschaftliche Abteilung des Pressebureaus kann berichtet werden, daß dieselbe sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens aufs Beste bewährt hat. Immerhin läßt die Berichterstattung einzelner Vorstände noch Lücken erkennen; auch sollte Wert auf möglichst schnelle Mitteilungen gelegt werden. Die Frage, ob das Pressebureau auch die Berichterstattung über die Verbandstage in die Hand nehmen könne, wird als noch nicht spruchreif erachtet. Den Vorständen sei zu empfehlen, diese Berichterstattung jeweils selbst zu organisieren, dann würden diese Berichte wie jede andere Nachricht durch das Pressebureau verbreitet werden.

Die Anstellung eines Agitationsbeamten für Ostfriesland fand nicht die Zustimmung der Konferenz. Ein Antrag betreffend Uebertrittsfragen wurde der nächsten Konferenz überwiesen, ebenso eine Interpellation betreffs der Unterküchungsansprüche doppelt organisierter Mitglieder. Den Verbänden wurde empfohlen, den aus Jugendorganisationen zu den Gewerkschaften übertretenden Mitgliedern das Eintrittsgeld zu erlassen und die gezahlten Beiträge anzurechnen.

Zum Schluß fand eine Besichtigung der in den Räumen der Generalkommission veranstalteten dauernden Ausstellung von Verbandsmaterialien statt, deren Besuch jedem sich legitimierenden Verwaltungsmitglied der angeschlossenen Gewerkschaften freisteht.

Rundschau

Politische Betrachtungen. Nach dem Auftreten des „nichtsagenden“ neuen Reichstanzlers in der kurzen Dezember-session des Reichstages ist nun eine fast ebenso nichtsagende Ehronrede von Stapel gelassen, aus der höchstens der nachfolgende Passus beachtenswert ist: „Endlich harret Ihr noch eine ernste Aufgabe. Die Vorarbeiten für eine Reform des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten sind ihrem Abschluß nahe. Eine Vorlage wird in einigen Wochen Ihrer Beratung unterbreitet werden.“ — Sie kommt, sie kommt trotz alledem! Zunächst haben die Herren Geheimräte eine amtliche Statistik über die preußischen Wahlen herausgebracht, die auch den borniertesten Anhänger des bisherigen Wahlsystems überzeugen müßte von der notwendigen Veränderung des bisherigen Zustandes, wenn anders nicht egoistische Interessen dieser Anhänger auf dem Spiele ständen. Aber da liegt der Hase im Pfeffer! „Nur den „begehrlichen“ Wahlen keine weiteren Rechte, sonst wächst uns die rote Bande über den Kopf!“ Das ist der Stille und laute Wunsch aller preußischen Reaktionäre, und die „Deutsche Arbeiterzeitung“ verfehlt nicht, in ihrer neuesten Nummer darauf anzuspielden, daß man sich gegenwärtig „leider“ nicht an eine Veränderung des Reichstagswahlrechts heranzutragen könne, obwohl der Niedergang des Parlamentarismus „unverkennbar“ sei, weil nämlich die Stimmen nicht gegeben, sondern nur gezählt würden. Daraus resultiere auch die bedenkliche Zusammensetzung des Reichstages, in dem nur 10 Vertreter von Handel und Industrie säßen. — Uebrigens werden der nationalliberalen und sonstigen stillen Parteigänger des Unternehmertums, deren Kandidatur durch den bekannten Justizturn der Schachmacher überhaupt nur möglich war. Ach ja, die Unternehmer fühlen sich so recht ungeniert als Herren der politischen Situation, und wir für unseren Teil wollen gern zugestehen, daß dieser Reichstag uns in Wirklichkeit weniger gefällt, und zwar aus den entgegengesetzten Gründen als es die scheinheilige „Arbeiterzeitung“ angibt. Uns ist dieser Reichstag in seiner Mehrheitszusammensetzung wie in seiner „Arbeit“ so reaktionär, daß wir die Neuwahlen dringlich herbeisehnen! Die Aussichten für eine erhebliche Besserung — trotz der verrückten Wahlweiseinteilung — sind nicht übel. — Inzwischen hat der Reichstag neben der diplomatisch schwächlichen Interpellation des Zentrums wegen Aufregung von Reichsbeamten infolge Ausübung ihres kommunalen Wahlrechts sich erstmalig mit den neuen Zustimmungen befaßt, die — wie kann das heutzutage anders sein? — mehr Rückschritt als Fortschritt bringen. Die Abg. Stadthagen (Soz.) und Heine (Soz.) wiesen eingehend auf die zahlreichen neu geplanten Fußangeln hin. Besonders die Verschärfung der Prekelscheidung sowie des Erpressungsparagrafen zwecks Anwendung gegen die Gewerkschaften wurde von den Rednern gebührend kritisiert. — Inzwischen hat auch im

fanotischen preußischen Landtag die Etatsdebatte begonnen, doch ging bis jetzt recht gemächlich zu. Am Montag, den 17. Januar, wird die Sozialdemokratie in die Debatte eingreifen. — Im Anschluß an den preußischen Parteitag haben Parteivorstand, Landtagsfraktion und Ausschuss der preußischen Landeskommission erneut einen Aufruf zum Wahlrechtssturm in Preußen erlassen, dem am 16. Januar zahlreiche Demonstrationsversammlungen in allen größeren Städten Preußens gefolgt sind. Sobald das in der Ehronrede angeforderte neue Wahlrechtsjurisprudenz das Licht der Welt erblickt haben wird, muß erneut ins Feuer geblasen werden. Mögen unsere Kollegen in diesen ersten Zeiten auch ihrer politischen Pflichten eingedenk sein!

Zur Lage der Forstarbeiter in Ostpreußen wurde auf dem preußischen Parteitage der Sozialdemokratie vom Genossen Linde-Königsberg i. Pr. ein besonderer Beitrag geliefert. Er führte aus: Ich will die Aufmerksamkeit unserer Landtagsfraktion und der Öffentlichkeit auf ungeliebte Mißstände in den Königsberger Forsten hinlenken. Es ist bekannt, daß der Konnenfalter in den Forsten große Verwüstungen angerichtet hat; die kahlgefressenen Bäume müssen schleunigst gefällt werden. Trotz der Arbeitslosigkeit gelang es wegen der geringen Löhne nicht, die notwendigen Arbeitskräfte hierzu zu gewinnen, und deshalb wurden von der Forstverwaltung Agenten ausgedient, bayerische Waldarbeiter nach Ostpreußen zu bringen! Man versprach diesen einen Verdienst von mindestens 6 Mk. täglich, und so sind noch am 16. November wieder 150 bayerische Waldarbeiter nach Ostpreußen auf eigene Kosten gekommen. Sie sind zwar vorher gewarnt worden, aber weil sie nicht alle in Verbände der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter organisiert waren, hat die Warnung sie nicht erreicht. Die Forstverwaltung hat für sie Baracken aus frischem nassen Holz aufbauen lassen; diese Baracken sind ohne jede Ventilation, ferner sind sie heizbar, aber ohne daß irgend eine Vorkehrung gegen die Feuergefahr getroffen ist. In diesen Baracken liegen 80 Mann wie die Heringe zusammengedrückt in einem Raum, der 12 Meter lang und 4 Meter breit ist! Die Leute liegen in Abständen von 65 Zentimeter übereinander. Sie liegen auf Stroh, welches die Unternehmer niemals erneuern, des Nachts tropft den Leuten das kalte Wasser ins Gesicht, und in den nassen Kleidern, die sie auch nachts nicht ablegen können, müssen sie tagsüber arbeiten. Die Forstverwaltung hat merkwürdigerweise die polizeiliche Genehmigung zum Belegen dieser Baracken erhalten. Wenn wir aber eine Versammlung abhalten wollen, sieht die Polizei erst nach, ob der Raum auch nicht gesundheitsgefährlich ist. Einen Notausgang hat eine solche Baracke nicht! Wenn Feuer ausbricht, müssen die 80 Mann die Baracke durch eine enge Tür verlassen. Diejenigen, welche oben liegen, haben nicht einmal eine vernünftige Treppe. In drei Fällen ist auch schon Feuer ausgebrochen, so daß die Heizvorrichtung niedergefallen werden mußte. Was Gelegenheit ist ebenfalls nicht vorhanden, ebensowenig Trinkwasser. Als die Regierung auf diese Mißstände aufmerksam gemacht wurde, hat der Oberförster den Waldarbeiter, welcher das Gesuch unterzeichnet hat, vor sich geladen und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß hier sozialdemokratische Agitation nicht geduldet würde! Statt Hilfe zu schaffen, hat man jede Baracke mit drei Revolvern versehen, damit man die Waldarbeiter, falls sie unbotmäßig werden, niederknallen kann! (Hört! hört!) Infolge jener Zustände sind vor Weihnachten schon 14 Waldarbeiter krank geworden und mußten in das Lapiauer Krankenhaus aufgenommen werden. Einer davon ist bereits gestorben. Wer irgendwie aufmuckt, wird entlassen, und der Lohn wird ihm nicht ausgezahlt, so daß die Leute mittellos dastehen und nicht in die Heimat zurückreisen können. Einem Arbeiter, der mündlich beim Regierungsassessor vorstellig wurde, antwortete dieser: „Es ist ja eure eigene Dummheit, daß Ihr nach Ostpreußen gekommen seid! Die Regierung geht das nichts an, wenden Sie sich an Ihren Unternehmer.“ Die Unternehmer werden von der Regierung noch unterstützt; sie erhalten für das Auszahlen der Löhne 3 Proz. und verdienen in vierzehn Tagen 140 bis 170 Mk., während der Arbeiter nur 3 Mk. bis 3,50 Mk. Lohn erhält. Ich bitte unsere Landtagsfraktion, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit, und zwar sobald als möglich, den Minister zu fragen, ob ihm diese Zustände bekannt sind. — Und das nennt man staatliche Arbeiterfürsorge!

Auch ein Weihnachtsbaum. Ein alter, sechsundsechzigjähriger Gärtner, der fünfzehn Jahre lang im städtischen Dienste der Stadt Wiesbaden gelandete hatte, erhielt zu Weihnachten seinen Posten gelündigt. Der bedauernswerte Mann, der bei seinem Alter kaum hoffen durfte, noch irgendwo anders eine Stellung zu erhalten, ging zum Friedhof und erhängte sich an einem Farnbaum. — Während es in den Salons der reichen Väderstadt erklang: „O du frohliche, o du selige, quadenbringende Weihnachtszeit!“ — raste der in fürchterlicher geschmückter Farnbaum in die Nacht hinein auf ein Zeichen des sozialen Elends, als eine graufige Illustration zur Sozialpolitik der Stadtverwaltung Wiesbaden.

Wie groß ist die Belastung des Durchschnittshaushalts infolge der herrschenden Teuerung? Darüber sprach kürzlich der Direktor des Statistischen Amtes in Halle, Dr. Wolf, in eingehender Weise. In den letzten Jahren ist auf den verschiedensten Gebieten eine sehr bedeutende Verteuerung eingetreten: der Lebensmittel um 20 Proz., der Mietpreise um 15 bis 20 Proz., der Löhne um 20 bis 30 Proz., der Materialpreise um 20 bis 40 Proz. Die Einkommenserhöhung in Preußen beträgt weiter 13 Mk. pro Kopf; die circa 500 Millionen Mark der Reichsfinanzreform treiben ferner alle Aufwendungen der Lebenshaltung in die Höhe, so daß die Preise 25, ja bis 40 Proz. höher geworden sind als vor 1½ bis 2 Jahrzehnten. Durch Erhebungen für die Jahre 1885 und 1907 ist festgestellt, daß für einen einfach geführten Haushalt der jährliche Aufwand von 1063 auf 1295 Mk., also um circa 230 Mk. gestiegen ist, das sind 22 Proz. Die Wirkung der Reichsfinanzreform erscheint in diesen Ziffern natürlich noch nicht. Das alles sind Dinge, die festgehalten zu werden verdienen. Vor allem verdient hervorgehoben zu werden die Aufwandssteigerung für einen einfach geführten Haushalt von 1063 auf 1295 Mk. Wieviel städtische Arbeiter verdienen, die einen Wochenverdienst von 20—25 Mk. — dem dieser Aufwand für den einfachen Haushalt entspricht — haben; wobei anerkannt werden muß, daß viele Unterbeamte sich in der gleichen Notlage befinden wie die Arbeiter. Das ist aber nur ein Beweis dafür, daß die kleinen Beamten das gleiche Interesse mit den Arbeitern daran haben müssen, die ungesunden Zustände, die eine solche Notlage hervorrufen, zu beseitigen. In Anerkennung dieser Tatsachen schlagen sich die kleinen Beamten aber vielfach noch zu ihren eigenen Feinden und helfen sich so selbst das Fell über die Ohren ziehen. Die städtischen Arbeiter haben sich durch unsere Organisation in vielen Fällen eine Aufbesserung ihrer elenden Löhne erkämpft. Dennoch muß erneut darauf gedrängt werden, daß die Lebenshaltung anstatt rückwärts aufwärts geht. Darum haben unsere Kollegen allen Anlaß, noch mehr als bisher der Organisation neue Streiter zuzuführen.

Die Steindrucker im Staatsdienst haben zur Wahrnehmung ihrer Standesinteressen einen Verband gegründet: „Bayer. Verband der Steindrucker in den 1. Staatsdruckereien“. Zunächst haben sich angeschlossen die Steindrucker beim Justizministerium, Verkehrs- und Finanzministerium sowie der Regierungen und Oberlandesgerichte. Der Verbandes ist München. Vorsitzender ist Joseph Brunner, Steindrucker bei der Ministerial-Forstabteilung in München.

Eine internationale Städtebauausstellung soll anlässlich der im Frühjahr 1910 stattfindenden Ausstellung der Entwürfe, die zu dem Wettbewerbe um den Generalbebauungsplan für Groß-Berlin eingegangen sind, veranstaltet werden. Außer

etwa 20 deutschen Städten und Wien handelt es sich besonders um England und Amerika, wo die Fragen gesunden und würdigen Wohnens dauernd lebhaft erörtert werden, ferner um die Niederlande, Dänemark, Schweden und Norwegen. Neben Gesamtsiedlungsplänen sollen Vorortanlagen, ausgeführte Gartenstädte, Industriegebiete mit Arbeiteransiedlungen in Reihenhäusern und Rowing gezeigt werden, außerdem Darstellungen von Verkehrseinrichtungen und Statistisches in Form von Diagrammen aus dem Gebiet der Hygiene und Volkswohlfahrt (Wohnlichkeit, Kindersterblichkeit, Dienstaughigkeit, Vauropolizeisches). Dabei soll die Kunst der Straße, Brücken, Brücken, Monumente volle Berücksichtigung finden. Da auch beabsichtigt ist, mit der Ausstellung öffentliche Vorträge zu verbinden, die in die verschiedenen Fachgebiete des Städtebaues einzuführen geeignet sind, so dürfte die Ausstellung auch für weitere Kreise von außerordentlichem Nutzen sein.

◆ **Verbandsteil** ◆

Quittung der Hauptkasse.

Im Monat Dezember gingen von den Einzelmitgliedern folgende Beiträge ein:

Nr.	2 737	4,40 Mk.	Nr. 102 098	1,75 Mk.	Nr. 102 190	3,50 Mk.
	31 706	5,95	102 100	1,25	102 191	4,55
	31 756	3,00	102 112	3,25	102 192	5,05
	44 470	1,60	102 113	4,55	102 193	3,50
	101 285	4,90	102 135	2,80	102 194	5,05
	102 012	4,—	102 137	1,75	102 195	5,05
	102 015	4,90	102 138	2,10	102 196	2,80
	102 016	3,50	102 139	1,50	102 197	5,05
	102 018	1,60	102 172	4,00	102 198	3,50
	102 019	3,25	102 173	3,75	102 199	3,50
	102 025	2,—	102 174	3,25	102 200	2,80
	102 028	3,25	102 175	2,25	102 201	3,50
	102 027	2,50	102 176	4,90	102 202	3,—
	102 037	4,90	102 177	4,90	102 203	7,—
	102 040	3,15	102 178	5,05	Vernburg	4,90
	102 047	3,50	102 179	3,50	Deffau	26,95
	102 057	3,50	102 180	1,05	Srefeld	3,10
	102 064	2,45	102 182	5,05	Oschersleben	15,50
	102 065	3,85	102 183	6,50	Quedlinburg	14,20
	102 066	0,35	102 184	3,—	Berbst	47,—
	102 079	3,50	102 185	10,50	Summa	331,80 Mk.
	102 090	3,50	102 188	2,80		
	102 095	2,10	102 189	6,10		

G. Ahmann, Hauptkassierer.

Totenliste des Verbandes.

August Käsmeier, München
Gestorben am 3. 1. 1910,
im Alter von 48 Jahren.

August Mehlitz, Berlin
Wasserwerk Tegel
West. 11. 1. 1910, 49 Jahre alt.

Klara Werther, Berlin
Bedürfnisanstalten
West. 16. 1. 1910, 70 Jahre alt.

Johann Szalwiski, Berlin
Englische Gasanstalten.
West. 15. 1. 1910, 44 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

::: **Filiale Nürnberg** :::

Samstag, den 30. Januar, mittags pünktlich 1 Uhr, findet im „Historischen Hof“, Neue Gasse, unsere diesjährige

General-Versammlung

statt. Tagesordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Kassensbericht. 3. Bericht der Revisoren.
4. Neuwahl der Geschäftverwalter. 5. Anträge.

Anträge zur Generalversammlung müssen bis spätestens Donnerstag, den 27. Januar, abends 6 Uhr, im Bureau, Breite Gasse 26/27, Mittelbau III. schriftlich eingereicht werden.

Wir ersuchen die Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung

::: **Filiale Dresden** :::

Samstags, den 29. Januar, abends präz. 8 Uhr, im großen Saale des Volkshauses, Rittenbergstr. 2,

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht und Kassensbericht für das Jahr 1909.
2. Neuwahl des Filialvorstandes, der Revisoren, Parteidelegierten usw.

3. Anträge der Verwaltung und der Mitglieder.
Verbandskollegen! Mit Rücksicht auf die außerordentlich reichhaltige Tagesordnung muß die Versammlung pünktlich acht Uhr eröffnet werden. Rechtzeitigem und zahlreichem Erscheinen sieht entgegen
Der Vorstand.

Die Mitgliedsbücher sind am Saaleingang vorzulegen!

::: **Filiale Chemnitz** :::

Freitag, den 28. Januar 1910, im Saale des „Ballhaus Adler“, Leipziger Str. 45:

Winter-Vergnügen.

Anfang 7 Uhr :: Eintritt für männliche Personen 50 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Festkommission.